

Futuristen – Phantasten

wider den politischen Mainstream • wider den politischen Mainstream • wider den politischen Mainstream

Von der
Entstaatlichung zur
Emanzipation

Die politische Diskussion dieser Zeit ist von Ängsten besetzt: Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, vor Kriminalität, vor Ausländerströmen, vor dem Euro. Diese Angst führt zu gesellschaftlicher wie innerparteilicher Erstarrung und macht unfähig zum politischem Handeln und der Entwicklung emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe. Dagegen setzen wir unser

Phantastisches Projekt.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die SPD in Versuchung geraten ist, auf den „neoliberalen Westerwellen“ ganz oben mit zu schwimmen und im titanischen Chor des politischen Mainstreams die erste Geige spielen zu wollen. Sie nähert sich dabei immer mehr den konservativen Positionen an, die da wären:

Handeln jenseits
der Globalisierungs-
falle

Steuersenkung, Abbau des Sozialstaates, Einführung von Niedriglöhnen, Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger, Lausangriff usw. Diese Lösungsansätze haben jedoch höchstens einen therapeutischen Nutzen, sie sind keineswegs geeignet, tiefer in die Problematik einzudringen. Dies kann nur geschehen, wenn man den klassischen Arbeitsbegriff zur Disposition stellt; die sich daraus ergebende Klarheit kann erst den Diskussionsprozeß neu befruchten.

Das Pathos der Arbeit

Zweihundert Jahre hielt das Pathos der Arbeit die Geschichte in Atem. Der sich emanzipierende Knecht spannte die Muskeln auf revolutionären und konterrevolutionären Plakaten. Heute wird über den Verlust von Arbeit als Katastrophe lamentiert. Arbeit scheint für das individuelle Selbstverständnis unverzichtbar zu sein. Doch nichts wird die Uhren zurückdrehen. Der moderne Prometheus weicht dem Arbeitsmannequin.

Einkommen für
ein würdiges Leben
ohne arbeiten
zu wollen

Arbeit ist in unserer Gesellschaft offensichtlich ein ideologisch aufgeladenes Wort: Warum sonst die Rhetorik gegen Arbeitslosigkeit? Warum lieber eine Subvention der Arbeit statt der Arbeitslosigkeit?

Weil die Fleißigen von ihrer Angst faul zu sein entlastet werden sollen – darum geht es, denn sonst könnten tatsächlich „unkontrollierte“ Wünsche auf ein spielerisches Leben aktiviert werden, der ganze bittere Ernst könnte sich als Korsett einer humorlosen Gesellschaft entpuppen.

Arbeitslosigkeit ist viel mehr ein Problem der Arbeitsplatzbesitzer als der Arbeitslosen, denn der Haß dieser Besitzer vermiest den Arbeitslosen das Leben. Statt voller Freude die Suche nach sinnstiftender Aktivität zu subventionieren, werden die Bemühungen immer hektischer mit dem Argument „schafft Arbeitsplätze“ jeden Unsinn zu finanzieren.

Wie erklärt sich die paradoxe Struktur einer Ideologie der Arbeit:

Der Lohn der Arbeit hat sich durch steigende Wertschöpfung pro Arbeitsstunde zunehmend vom Lebensunterhalt zur Frustkompensation verschoben. Denn trotz der enormen Produktivitätssteigerung durch in Kapital geronnene Profite, darf die „Dividende“ eben nicht ausgeschüttet werden. Ein bequemes Leben ohne Erwerbstätigkeit und Selbstzweifel würde Frustkompensation sinnlos machen und den Frustrations- und Zwangscharakter der Arbeit im Spätkapitalismus offenbaren. Außerdem würden Haß- und Bestrafungsmentalität gegen die Faulen transparent.

Durch Brechen dieses Tabus würde das Motiv für den Fleiß entbehrlich. Deshalb all die Rhetorik über Arbeit als Grundbedürfnis des Menschen und die „Entwurzelung“ durch längere Arbeitslosigkeit und eine antiquierte Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ – die Falle des Marxismus, der zusätzlich Arbeit auch noch mit „vernünftiger“ Planproduktion belastet hat, einem perfekten Machtinstrument der politischen Herrschaft.

Deswegen der Vorschlag einer demokratischen, aber revolutionären Forderung, futuristisch – phantastisch:
Das Einkommen für ein würdiges Leben soll ohne Arbeiten zu wollen bezogen werden können! Dadurch müssen sich die Fleißigen der Sinnhaftigkeit ihres Tuns versichern und Arbeit kann am

Ende tatsächlich zu Lebensfreude und Entfaltung der Libido beitragen.

Was könnte das heißen?

- SPD Politik politisieren durch Entökonomisierung – ein Ende der Arbeitssubventionen – und Entsozialisieren indem
- die Gewerkschaften wieder zum Mittelpunkt der sozialen Tarifkämpfe werden.

Gewerkschaften sollen die soziale Absicherung dadurch gewährleisten, daß sie die vielfältigen Kontrollen und die Verantwortung für die Produktion durch das Kapital anerkennen. D.h. das Kapital für den Wohlstand verantwortlich machen, nie und nimmer sind es die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Wohlstand ist Konsum + Freizeit. Freizeit ist lohnarbeitsfreie Zeit z.B. auch Arbeitslosigkeit. Die Verantwortung den Kontrollen zurückschieben und durch Entsozialisierung des Staates eine Solidarisierung der Lohn- und Gehaltsempfänger auch als Arbeitslose gewährleisten. Steigerung des Wohlstands durch mehr Freizeit/Arbeitslosigkeit moralisch – solidarisch zulassen. Damit kommt die Macht in die an der Wertschöpfung beteiligten Hände zurück, Phantasien der Abgabe eigenen Handelns an den Staat lösen sich auf.

Warum wohl hat gerade Bismarck die Sozialgesetze eingeführt, aus Philantropie etwa? Nein, um die Arbeitslosen und „Unproduktiven“ von den „Leistungsträgern“ abzuspalten und gegeneinander auszuspielen. Deshalb auch der 50%ige Einfluß der Unternehmer auf die Sozialversicherungsträger; diese 50% müssen in die Hände der Versicherten-Gemeinschaft gefordert werden und vollständig als Teil des Lohns/Gehalts verstanden werden. Dieser ganze Lohn steht bei den Tarifverhandlungen zur Debatte und damit eine volle Partizipation am Produktivitätszuwachs.

Wesentlich ist eine gewerkschaftliche Reform weg vom „Recht auf Arbeit“ zum „Recht auf Lohn“, das Ende des Leistungsdenkens als Belohnung für Arbeit, sondern auch Anerkennung der Faulheit als Teil des Lohns und unbekannte Produktivkraft. Also Freude über Produktivitätszuwachs, denn die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde wird

größer, dadurch gibt es vermehrte Freizeit bei gleichbleibendem Waren- und Dienstleistungsangebot oder mehr Tauschwerte bei konstantem Arbeitszeitvolumen. Die Entscheidung soll bei den großen Tarifkommissionen liegen – das Bedürfnis nach mehr Freizeit scheint groß zu sein und das muß berücksichtigt werden. Laßt sie uns durch gewerkschaftlichen Druck komfortabel und moralin-frei ausgestalten.

Dadurch erhalten wir mehr an Autonomie: Selbstbestimmung in unentgeltlicher Tätigkeit durch vermehrte Freizeit, eine weitere Verminderung der Knechtereie gegen ein Minimum – so demokratisieren wir die Produktion!

Emanzipation gegen Bürokratisierung und Verrechtlichung

Es ist festzustellen, daß die Forderungen von nach Emanzipation strebenden Bewegungen wie auch der Frauenbewegung Eingang gefunden haben in einen weite Teile des Lebens dominierenden bürokratischen Staatsapparat. Allen im menschlichen Leben notwendig auftretenden Konflikten soll durch Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden, was dann als gesellschaftlicher Fortschritt gilt. Dabei folgt die massive Gängelung des Staates und der Jugendämter im Bereich des Familienrechts leider nicht Kriterien sozialer Befriedung, sondern ist gesellschaftlichen Moden unterworfen und berücksichtigt kaum die Besonderheit des Einzelfalles. Familienrecht ist in allen Gemeinwesen ein sensibler Punkt, weil in ihm das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit jeweils neu ausgehandelt werden muß. Darüber hinaus stehen bei uns Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates: so will es das Grundgesetz. Wäre es nicht an der Zeit, auch innerhalb der Frauenbewegung, anstelle des alten, zu seiner Zeit brisanten Postulats: „Das Private ist politisch“ und seiner Erfolge, die Forderung nach einem umfassenden Schutz des Privatlebens zu erheben; nicht nur in umstrittenen Fragen wie dem Abtreibungsparagraphen, sondern in allen Fragen menschlicher Lebensgemeinschaften. Eintreten für Emanzipation könnte hier bedeuten, Möglichkeiten zu schaffen bzw. offenzulassen: Möglichkeiten der persönlichen Wahl, der

Bildung, des Zugänglichmachens von Informationen. Ein Gesetz wie das zur besonderen Behandlung von Vergewaltigung in der Ehe ist nicht nur fatal für die Dynamik ehelicher Gemeinschaften, sondern darüber hinaus grob widersinnig, definiert doch das Gesetz selbst die Ehe gerade durch den einverständlichen Vollzug des Beischlafs, mithin als den jeweiligen Gebrauch der Geschlechtsorgane des Partners, wie dies bereits Kant in aller wünschenswerten Deutlichkeit formulierte. Ein solches Gesetz definiert also nicht bloß Ehemänner als potentielle Aggressoren und Ehefrauen als potentielle Opfer, sondern stellt Sexualität von vornherein unter Gewaltverdacht. So wäre es an der Zeit, die Ehe als staatlich sanktionierte Veranstaltung neu zu überdenken. Dies wäre möglich selbst ohne das christliche Dogma der Ehe als Sakrament anzugreifen, indem diese Dimension in den privaten Bereich verwiesen bleibt und der Trennung zwischen Staat und Kirche Vorschub geleistet würde. Dies ist ein Plädoyer dafür, die Ehe, ähnlich wie im Islam, als einen zwischen den Partnern auszuhandelnden Privatvertrag zu konstituieren, der z.B. auch auf Zeit geschlossen werden kann und nur einen einjährigen Kündigungsschutz beider Partner vorsieht. Wenn dagegen Schutz des Privatlebens, so sollten alle Formen menschlichen Zusammenlebens in den Genuß dieses Schutzes kommen.

Der Therapeutische Staat

Warum werden Leute eingesperrt, die nur gefährlich sein sollen und keine Straftat begangen haben? Ist das nicht „Schutz“haft, Vorbeugehaft, ein Zeichen totalitärer Systeme zu nennen? Es ist höchste Zeit, uns die Diktatur der Therapie zu gegenwärtigen. Die Biologisierung und Pathologisierung von menschlichem Verhalten ist die letzte ideologisch begründete Diktatur unserer Zeit, zutiefst legiert mit Wissenschaftsgläubigkeit, mechanischer Kausalitätsleere, protestantischem Arbeitsethos und einem verkürzten Verständnis von Aufklärung, leider sogar in gewisser Weise mit „Moderne“ und ihren brachialen Visionen, der Ästhetisierung des „Gesunden“. Diese undurchsichtige Ideologie mit ihrer durchtränkenden Suggestivität beherrscht uns mit einer kaum hinterfragbaren Brutalität. Sie ist tief in die Gefühlswelt unserer Leiber, in Kunst und Ästhetik eingesickert.

Integrativ (im guten Sinne auch demokratisierend) wurde sich des

Revolutionären des 68er Impulses durch unsere Genossinnen und Genossen angenommen.

„Phantasie an die Macht“ (die Phantasie ist an der Macht, fragt sich nur welche, siehe Anfang) wurde dem Diskurs der Herrschaft unterworfen – ärztlich, betreuend, pädagogisierend und individualisierend gebrochen.

Statt Emanzipation stand auf einmal Belehrung und Sozialarbeit auf dem Programm und in den Berufen der Parteimitglieder. Zwar verständlich, wenn alle Macht als vom Staate ausgehend für die europäische Arbeiterbewegung als Prämisse des Denkens konstitutiv war, aber dabei hat man den Blick auf die Gründe des Entstehens der gesellschaftlichen Machtverhältnisse verloren: Die Abgabe der offenen Diskussion über Lebensformen an die Autorität staatlicher Macht entlastet zwar von der Notwendigkeit eines eigenen Entwurfs, aber damit hat man sich als „Landeskind“ selber der Verantwortung und Kontrolle über das eigene Leben beraubt.

Das Wort vom mündigen Bürger – eine Lüge, obwohl die radikale, kommunistisch – realsozialistische Variante der Staatsmacht-Anbetung Geschichte ist?

Aber wie den Therapeutismus bannen?

Dazu muß er als erstes als Diktatur durchschaut und analysiert werden: Betreuungsverhältnisse und entmündigende Versorgungsstrategien stabilisieren eine Abhängigkeits- und Opferhaltung, die lähmt, ja die herrschenden Verhältnisse in der Weise manifestiert, daß soziale Phantasien verunmöglicht werden, da sie sich auf eine finanzierende Obrigkeit reduzieren.

Machtverhältnisse werden in gesellschaftlichen Verhältnissen offenbar. Diese zu individualisieren geht mit einer Pathologisierung mentaler Zustände einher; statt die Tragik dieser Verhältnisse anzuerkennen, wird ein fiktives Trostpflaster verteilt und damit ein emanzipatorischer Schritt erschwert, ja zusätzliche Verwirrung gestiftet, da das Wort Hilfe ins Gegenteil verkehrt wird, und rhetorisch verschleiert wird, daß nur den „Helfern“ in ihre Geldbeutel gewirtschaftet wird.

Statt realem, liebevollem Umgang und verschwitztem Sex werden entfremdete Formen, Professionalität und Bezahlung für eine Behandlung aus der Arroganz der Macht heraus angeboten.

Die Zusammenhänge sind einfach zu erklären: Das Persönliche darf nicht hinterfragt werden wollen. In ihm liegen die Grundlagen unserer Freiheit. Gefühle, Geheimnisse, Lügen und der Glauben

müssen wie Astrologie aus Prinzip privat sein, da wir sonst dem Terror der Mächtigen preisgegeben sind.

„Denn so schwierig es auch sein mag, Dinge zu klassifizieren und besonders, sie richtig zu klassifizieren, noch schwieriger ist es Dinge nicht zu klassifizieren.“

(T. Szasz)

Was könnte das heißen?

„Es zielt dahin, das psychiatrische Denksystem und somit das psychiatrische Verständnis von „Krankheit“ in Frage zu stellen. In dem Maße in dem Begriffe wie „Geisteskrankheit“ und „Psychopathologie“ eher als moralische, wertende, normative Probleme denn als medizinische diskutiert werden, verlieren die psychiatrisch-strafrechtlichen Übereinkünfte und Regeln ihre Berechtigung: das Strafrecht kann nicht mehr wie bisher mit der naturwissenschaftlichen Hilfe von Seiten der Psychiatrie rechnen. Damit eröffnet sich jedoch die Chance für die Juristen und den Gutachter, unbeweisbare Annahmen über die „Anlage“ des Menschen preiszugeben, die alten Dichotomien „Gesundheit“ und „Krankheit“ weitgehendst fallenzulassen und sich statt dessen den Entstehungsbedingungen von abweichendem Verhalten und damit sozialen Prozessen vermehrt zuzuwenden.“

(Walter Kargl: „Krankheit, Charakter und Schuld“ in NJW Heft 13).

Das bedeutet

- das Ende des Kriteriums „Unzurechnungsfähig“.
- das Ende einer staatlich prohibitionistischen Drogenpolitik.
- das Ende von Zwangspsychiatrie.

Und könnte statt Strafe und Haft auch eine Separation genügen?

Utopisch?

Frage sich der Zweifler, warum er strafen will:

- Können dadurch die Folgen eines Verbrechens ungeschehen gemacht werden?
- Kann Strafe Trauer ersetzen oder Haß besänftigen, Friede in die Gefühle bringen?
- Folgt aus der Unversöhnlichkeit des Nicht-Strafens nicht eine viel schärfere Verurteilung und Verachtung der verbrecherischen Tat?

Neue Ufer in der Hochschulpolitik

Wenn es wahr ist, daß Bildung und Ausbildung in gesellschaftliche Verhältnisse eingebunden sind, kann es keine „unschuldige“ Forderung nach Bildung geben.

Aus sozialdemokratischer Sicht stellen sich folgende Prämissen: Produktionsprozesse werden immer „selbstverantwortlicher“ ge-

staltet, der mitdenkende „Mit“-arbeiter wird gefordert. Gleichzeitig erlaubt dieses „Mit“-machen eine ständige Steigerung der Produktivität, und die Dividende heißt: mehr Entscheidungskompetenz (z.B. auch in flexibler Arbeitszeitgestaltung), mehr spielerisches Ausprobieren, mehr unnützes Dösen, mehr Gestaltungsmöglichkeiten ausnutzen können, mehr Freizeit. Und Hierarchien flach wie eine Hühnerbrust!

Ein Bildungssystem, das solchen Anforderungen gerecht werden will, kann nur auf den Abbau von Eliten setzen, auf mehr wissenschaftlich/künstlerische Freiheit, auf lebenslanges Lernen als Angebot einer sinnstiftenden Tätigkeit, ohne sichere Verwertungsmöglichkeiten vorgeben zu können noch zu wollen.

Damit sind traditionelle Qualifikationen radikal in Frage gestellt und die Institutionen der Ausbildung gleich mit. Das bedeutet Bildung zu diversifizieren und gemeindenah zu verankern.

Und je Zwangs- und Prüfungsstreßfreier der Lehrbetrieb wird, je mehr sich ein hierarchischer Wissenschaftsbetrieb auflöst in einem Angebot von Lehren und Lernen, in dem die Rollen sich sehr leicht vertauschen können, um so mehr kann Spaß und Neugier das Interesse begründen statt sture Fixierung auf eine berufliche Verwertung.

Damit setzt sich Emanzipation in vielen kleinen Schritten um, und verweigert Strukturen, die qua Hierarchie starr sind, den traditionellen Gehorsam. Den Machtspielen wird ein erheblicher Teil ihres Ernstes genommen und dieser Form der Karriere die Leiter entzogen.

Die Futuristen — Phantasten sind eine Arbeitsgruppe, die bis jetzt zwar nur in der Berlin-Sch neberger SPD anzutreffen war, aber mit dem hier präsentierten Ergebnis eines zweijährigen Diskussionsprozesses, den Anstoß für eine offene programmatische Diskussion geben will. Dazu regen wir die Bildung anderer Futuristen — Phantasten-Gruppen in der SPD an. Wir kommen gerne zu Parteiversammlungen!

Kontakt: Futuristen — Phantasten, c/o Ren Talbot Vorbergstraße 9a 10823 Berlin e-Mail: 101.80039@germany.net.de

Phantastische Gründungsparty: am 12. September 1998, Beginn um 20.00 Uhr, im Willy-Brandt-Haus in Berlin

Schutz des Privaten vor Kirche und Staat

Ernst machen mit der Pluralität

Die Diplome stellt das Leben aus



Futuristen in der SPD – phantastisch!

(Im folgenden können Sie Auszüge aus unserer Präsentation in der vorwärts-Ausgabe vom September lesen. Der vollständige Text kann über die Kontaktadresse bezogen werden.)

Die politische Diskussion dieser Zeit ist von Ängsten besetzt: Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, vor Kriminalität, vor Ausländerströmen, vor dem Euro. Diese Angst führt zu gesellschaftlicher wie innerparteilicher Erstarrung und macht unfähig zum politischem Handeln und der Entwicklung emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe. Dagegen setzten wir unser

Phantastisches Projekt.

...

Zweihundert Jahre hielt das

Pathos der Arbeit

die Geschichte in Atem. Der sich emanzipierende Knecht spannte die Muskeln auf revolutionären und konterrevolutionären Plakaten. Heute wird über den Verlust von Arbeit als Katastrophe lamentiert. Arbeit scheint für das individuelle Selbstverständnis unverzichtbar zu sein. Doch nichts wird die Uhren zurückdrehen. Der moderne Prometheus weicht dem Arbeitsmannequin.

Arbeit ist in unserer Gesellschaft offensichtlich ein ideologisch aufgeladenes Wort: Warum sonst die Rhetorik gegen Arbeitslosigkeit? Warum lieber eine Subvention der Arbeit statt der Arbeitslosigkeit? Weil die Fleißigen von ihrer Angst faul zu sein entlastet werden sollen – darum geht es, ...

Wie erklärt sich die **paradoxe Struktur einer Ideologie der Arbeit?** ...

... Der Lohn der Arbeit hat sich durch steigende Wertschöpfung pro Arbeitsstunde zunehmend vom Lebensunterhalt zur Frustkompensation verschoben.

Deswegen der Vorschlag einer demokratischen, aber revolutionären Forderung, futuri-

stisch – phantastisch:

Das Einkommen für ein würdiges Leben soll ohne Arbeiten zu wollen bezogen werden können!

Dadurch müssen sich die Fleißigen der Sinnhaftigkeit ihres Tuns versichern und Arbeit kann am Ende tatsächlich zu Lebensfreude und Entfaltung der Libido beitragen ... eine antiquierte Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ – ist eine Falle des Marxismus, der zusätzlich Arbeit auch noch mit „vernünftiger“ Planproduktion belastet hat, einem perfekten Machtinstrument der politischen Herrschaft ...

Was könnte das heißen?

- SPD Politik politisieren durch Entökonomisierung – ein Ende der Arbeitssubventionen – und Entsozialisieren indem
- die Gewerkschaften wieder zum Mittelpunkt der sozialen Tarifkämpfe werden. ...

Emanzipation gegen Bürokratisierung und Verrechtlichung

Es ist festzustellen, daß die Forderungen von nach Emanzipation strebenden Bewegungen wie auch der Frauenbewegung Eingang gefunden haben in einen weite Teile des Lebens dominierenden bürokratischen Staatsapparat. Allen im menschlichen Leben notwendig auftretenden Konflikten soll durch Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden, was dann als gesellschaftlicher Fortschritt gilt.

... Wäre es nicht an der Zeit, auch innerhalb der Frauenbewegung, anstelle des alten, zu seiner Zeit brisanten Postulats: „Das Private ist politisch“ und seiner Erfolge, die Forderung nach einem umfassenden Schutz des Privatlebens zu erheben; ...

Ein Gesetz wie das zur besonderen Behandlung von Vergewaltigung in der Ehe ist nicht nur fatal für die Dynamik ehelicher Gemeinschaften, sondern darüberhinaus grob widersinnig, definiert doch das Gesetz selbst die Ehe gerade durch den einverständlichen Vollzug des Beischlafs, mithin

als den jeweiligen Gebrauch der Geschlechtsorgane des Partners, wie dies bereits Kant in aller wünschenswerten Deutlichkeit formulierte. Ein solches Gesetz definiert also nicht bloß Ehemänner als potentielle Aggressoren und Ehefrauen als potentielle Opfer, sondern stellt Sexualität von vornherein unter Gewaltverdacht. So wäre es an der Zeit, die Ehe als staatlich sanktionierte Veranstaltung neu zu überdenken. ...

Der Therapeutische Staat

Warum werden Leute eingesperrt, die nur gefährlich sein sollen und keine Straftat begangen haben? Ist das nicht „Schutz“haft, Vorbeugehaft, ein Zeichen totalitärer Systeme zu nennen?

Es ist höchste Zeit, uns die Diktatur der Therapie zu gegenwärtigen. Die Biologisierung und Pathologisierung von menschlichem Verhalten ist die letzte ideologisch begründete Diktatur unserer Zeit, zutiefst legiert mit Wissenschaftsgläubigkeit, mechanischer Kausalitätsleere, protestantischem Arbeitsethos und einem verkürzten Verständnis von Aufklärung, leider sogar in gewisser Weise mit „Moderne“ und ihren brachialen Visionen, der Ästhetisierung des „Gesunden“.

Diese undurchsichtige Ideologie mit ihrer durchtränkenden Suggestivität beherrscht uns mit einer kaum hinterfragbaren Brutalität. Sie ist tief in die Gefühlswelt unserer Leiber, in Kunst und Ästhetik eingesikert. ...

... Die Zusammenhänge sind einfach zu erklären: Das Persönliche darf nicht hinterfragt werden wollen. In ihm liegen die Grundlagen unserer Freiheit. Gefühle, Geheimnisse, Lügen und der Glauben müssen wie Astrologie aus Prinzip privat sein, da wir sonst dem Terror der Mächtigen preisgegeben sind. „Denn so schwierig es auch sein mag, Dinge zu klassifizieren und besonders, sie richtig zu klassifizieren, noch schwieriger

ist es, Dinge nicht zu klassifizieren.“ (T. Szasz)

...

Neue Ufer in der Hochschulpolitik

Wenn es wahr ist, daß Bildung und Ausbildung in gesellschaftliche Verhältnisse eingebunden sind, kann es keine „unschuldige“ Forderung nach Bildung geben.

Aus sozialdemokratischer Sicht stellen sich folgende Prämissen: Produktionsprozesse werden immer „selbstverantwortlicher“ gestaltet, ... Damit sind traditionelle Qualifikationen radikal in Frage gestellt und die Institutionen der Ausbildung gleich mit. Das bedeutet, Bildung zu diversifizieren und gemeindenah zu verankern. ...

... So setzt sich Emanzipation in vielen kleinen Schritten um, und verweigert Strukturen, die qua Hierarchie starr sind, den traditionellen Gehorsam. Den Machspielen wird ein erheblicher Teil ihres Ernstes genommen und dieser Form der Karriere die Leiter entzogen.

Die **Futuristen** sind ein Arbeitskreis, der sich am 9. September 1998 in Berlin-Schöneberg gegründet hat.

Struktur für den Arbeitskreis Futuristen in der SPD

Präambel

„Wenn wir verdienen wollen, geliebt zu werden, anstatt anzuwidern, wenn wir herbeigesehnt werden wollen, müssen wir auf die Frage der Macht und ihrer Ausübung antworten. Wir müssen eine Ausübung der Macht erfinden, die nicht Angst macht. Das wäre das Neue.“

Michael Foucault 1976
Im Wissen um die vielfältigen Ausdrucksformen von Macht in der SPD, soll sich in der Struktur unseres Arbeitskreises die oben zitierte Richtlinie als Konkretion unseres Ansatzes manifestieren. Denn wenn Futurismus Sinn machen soll, dann muß er auf einer kriti-

schen Hoffnung fundieren, die nur in einem angstbefreiten Blick auf die Zukunft denkbar ist.

A

Der Arbeitskreis „Futuristen in der SPD“ ist Teil der SPD, möchte allerdings in der Formulierung neuer Konzepte Gedankenfreiheit reklamieren.

B

Die Mitglieder des Arbeitskreises geben sich verpflichtet auf demokratische Grundregeln die Strukturen des Arbeitskreises selber: eine Person – eine Stimme und Personalwahlen sind geheim.

C

Der sich heute gründende Arbeitskreis „Futuristen in der SPD“ hat folgende Organe:

C.1. Schriftführung incl. Einberufung von Versammlungen (zwei Personen)

C.2. Versammlungsleitung (zwei Personen)

Öffentliche Erklärungen der „Futuristen“ benötigen eine einfache Mehrheit auf einer Versammlung des Arbeitskreises.

D

Personen für beide Organe (C.1. und C.2.) werden mit einfacher Mehrheit auf maximal zwei Jahre gewählt.

E

Die Abwahl sowie die Aufgabe der Funktion ist jederzeit per Erklärung in einer Versammlung möglich. Daraufhin müssen sofort Neuwahlen erfolgen. Die gewählte Schriftführung übernimmt die vorhergegangenen Protokolle. Mindestens alle zwei Jahre ist eine Wahl der Organe notwendig.

F

Andere Arbeitskreise mit dem Namen „Futuristen in der SPD“ sollen über den Diskussionsprozeß und seine Ergebnisse informiert werden.

vorläufiger Kontakt:

Futuristen
c/o René Talbot
Vorbergstr. 9a, 10823 Berlin
E-Mail:
101.80039@germany.net.de

Wahl der Organe:

20. Oktober 1998, 19.30 Uhr
Café BilderBuch
Akazienstraße 28 in Berlin



Tops und Flops

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

vorwärts 9/98 „Futuristen-
Phantasten“

Nicht daß ich mit allen Thesen dieser Gruppe einverstanden wäre. Ganz eindeutig begrüße ich es aber, daß hier eine Arbeitsgruppe völlig neue unkonventionelle Gedanken in die Partei hineinträgt und damit geistige Auseinandersetzung provoziert, in einer Zeit, in der vor lauter Realpolitik kaum noch theoretische Diskussionen stattfinden.

Manfred W. Ramm, 68526
Ladenburg